

Alarmierende Nitratwerte im Grundwasser entdeckt

Kreisumweltausschuss bekommt Untersuchungsergebnis vorgestellt

Von Karsten Tenbrink

LANDKREIS - Die Nitratbelastung im Landkreis Oldenburg bedroht die hiesige Grund- und Trinkwasser-Versorgung. Zu diesem Schluss kommt ein Überwachungsprogramm zur Grundwassergüte, das die Kreisverwaltung vor rund zwei Jahren gestartet hat. Die Ergebnisse stellte Gerrit Finke vom Amt für Bodenschutz und Abfallwirtschaft gestern den Mitgliedern des Kreisumweltausschusses vor.

Bei mehr als der Hälfte der Messstellen betrug die Nitratkonzentration mehr als 50 Milligramm Nitrat pro Liter – und genau das ist laut der deutschen Trinkwasserverordnung der Grenzwert.

„Da muss gegengesteuert werden“, lautete Finkes eindeutiges Fazit. Die höchste bei der Grundwasseruntersuchung erfasste Konzentration lag sogar bei 210 Milligramm Nitrat pro Liter, überstieg den Grenzwert also um mehr als das Vierfache.

Nitratwerte dienen als Indikator für die allgemeine Belastung der Trinkwasserquellen mit stickstoffhaltigen organischen Verschmutzungen. Die hohe Belastung erklärt sich durch intensive landwirtschaftliche Düngung. Das wurde auch bei einem Beispiel in Finkes Präsentation deutlich. Zwei der für die Erhebung genutzten Brunnen lagen in unmittelbarer Nähe

zueinander. Allerdings unterschied sich der Einzugsbereich des Grundwassers, zum einen ein Waldgebiet, zum anderen ein bewirtschafteter Acker. Im ersten Fall lag die Nitratkonzentration bei unbedenklichen elf, im zweiten bei 150 Milligramm pro Liter.

Auch die Belastung durch Pflanzenschutzmittel waren Bestandteil der Grundwasser-Analyse. An vier Messstellen wurden Mengen festgestellt, die oberhalb eines unbedenklichen Wertes lagen – in zwei Fällen sogar deutlich darüber. Als „Mahnung“ wollte Finke dieses Ergebnis durchaus verstanden wissen, auch wenn die Belastung bei weitem nicht so eklatant ist wie im Hin-

blick auf das Nitrat.

Finkes Ausführungen endeten mit der Anregung, das Messstellennetz im Landkreis Oldenburg weiter auszubauen. Er schlug die schrittweise Erweiterung um drei Messstellen pro Jahr vor – jeder neue Brunnen koste etwa 3 000 Euro – bis es insgesamt 50 wären. Daneben regte er an, die Einhaltung der Düngeverordnung durch die Landwirte besser zu kontrollieren.

Einstimmig sprach sich die Ausschussmitglieder auf Antrag von Ernst-August Bode (FDP) schließlich dafür aus, im kommenden Jahr 20 000 Euro bereitzustellen – für die Kosten weiterer Untersuchungen und den Bau neuer Brunnen.